

Friedensforscher in Uniform

Washington hat nach den Irak-Erfahrungen den Wert einer Denkfabrik im Pentagon entdeckt, die schon aufgelöst war

VON DIETMAR OSTERMANN (CARLI SLE)



Friedenstruppe in Bosnien (ap-Archiv)

Oberst Michael Dooley ist durch und durch Soldat. Die Uniform spannt an den Schultern und am Bauch. Ein Befehl ist für ihn ein Befehl. Entscheidungen von oben mag er nicht bewerten. Auf seine Vorgesetzten lässt er nichts kommen. Nein, wird er, der neue Direktor des nagelneuen Instituts für Friedenssicherung und Stabilitätsoperationen der US-Armee, kurz PKSOI, dann etwa sagen: "Unsere Beziehungen zum Pentagon sind jetzt sehr offen, sehr effektiv." Oder er wird zufrieden bilanzieren, wie er jetzt von überall her Ermunterung und Unterstützung erfährt. Wie man jetzt bis zur "obersten Ebene" im Pentagon seine und die Arbeit seiner Mitarbeiter zu würdigen wisse. Die Betonung mag anderswo liegen. Aber das entscheidende Wort ist "jetzt".

Kein Bedarf für Zusammenflicker

Es ist noch nicht lange her, da hat Oberst Michael Dooley hier in den Carlisle Barracks seine Koffer gepackt. Hat den Schreibtisch in seinem engen Büro leer geräumt, von dem der Blick auf einen trüben Herbst und das Gelände des Army War College geht, die legendäre Kaderschmiede der US-Armee im südöstlichen Pennsylvania. Damals hat Dooley Unterlagen mit Arbeitstiteln wie "Herausforderungen für Friedensoperationen im 21. Jahrhundert" in Kartons verpackt, weil sie nicht mehr gebraucht wurden. Bei dem Projekt geht es darum, wie man Länder, die Krieg oder Chaos anheim fallen, am besten wieder zusammenflickt. Diplomaten und Militärexperten aus rund 50 Ländern haben jahrelang daran gearbeitet. Auch Michael Dooley.

Der gelernte Logistikoffizier ist so etwas wie ein Friedensforscher in Uniform, Spezialgebiet "peacekeeping" und "nation building". Im Sommer aber war er abkommandiert worden; ein paar Flure weiter, zur Abteilung Heimatschutz. Seine Planstelle war gestrichen worden, wie die neun anderen im damaligen "Peacekeeping Institut" der US-Armee. Der kleinen und einzigen Denkfabrik im Pentagon mit Schwerpunkt Friedenssicherung und Konfliktnachsorge, erst 1993 gegründet, drohte die Abwicklung. "Es war keine politische Entscheidung", beteuert Dooley, "wirklich nicht." Wohl, weil er ahnt, dass ihm das sowieso niemand glaubt.

Donald Rumsfeld hatte die Schließung des Instituts im Januar verfügt. Offiziell ging es ums Geld: Der Kongress hatte der Armee auferlegt, die Führungsebene zu verkleinern. Irgendwo musste halt der Rotstift angesetzt werden. "Es war eine schwierige Entscheidung", sagt Dooley, "sie ist niemandem leicht gefallen." Doch die Anordnung kam alles andere als aus heiterem Himmel. "Peacekeeping" und "nation building" sind in den USA seit Jahren umstritten. Amerikas GIs sind zum Kämpfen da, nicht zum Wacheschieben in fremden Ländern und komplizierten Konflikten, davon sind viele US-Bürger überzeugt. Missionen wie die in Bosnien und Kosovo, bei denen unter Bill Clinton auch US-Truppen zu Wiederaufbauhilfen wurden, blieben stets unpopulär. Nichts wünschen sich Amerikaner mehr, als dass ihre Soldaten nach einem schnellen Sieg schnell heimkehren.

Auch die Regierung unter George W. Bush hat aus ihrer Abneigung gegen jede Art von "peacekeeping" nie ein Geheimnis gemacht. Gegen solche Einsätze sei nichts einzuwenden, hatte die heutige Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice einst im Wahlkampf gespottet - solange sich daran keine US-Soldaten beteiligten. Rice brachte für die Nato sogar die Idee geteilter Zuständigkeiten in Umlauf: die USA für den Krieg, die Europäer für die Nachsorge. Bush selbst hatte damals moniert, Amerikas Streitkräfte seien in den 90er Jahren gefährlich "überdehnt" und in zu viele Einsätze geschickt worden, bei denen keine nationalen Interessen auf dem Spiel standen.

Im Pentagon rannte Bush damit offene Türen ein. Auch bei vielen Militärs sind Friedenseinsätze unbeliebt: Sie bringen oft lange Trennungen von der Familie mit sich, gelten als langweilig und wenig förderlich für die Karriere. Vor allem aber hatte der neue Verteidigungsminister andere Pläne für die Truppe. Donald Rumsfeld wollte schlankere, schlagkräftige Streitkräfte, die sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren: den Sieg auf dem Schlachtfeld. Ein "Peacekeeping Institut" im eigenen Haus, das militärisch-zivile Konzepte propagiert und engen Kontakt mit den Vereinten Nationen pflegt, wirkte da wie ein Anachronismus. "Das Verteidigungsministerium wollte schon lange nichts mehr mit solchen Operationen zu tun haben", glaubt der Konfliktforscher Ray Jennings.

Eine absurde Blockade

Spätestens seit dem 11. September 2001 ist das eine widersprüchliche Position. Die neue US-Sicherheitsdoktrin weist ausdrücklich auf die Gefahren hin, die von regionalen Konfliktherden auch für die USA ausgehen: Instabile Regionen könnten zu sicheren Häfen für Terroristen werden. Logisch wäre demnach eine Neubewertung des ungeliebten "nation building". Die aber fand nicht statt: Selbst in Afghanistan ließ sich die Bush-Regierung nach dem Sturz der Taliban nicht dazu bewegen, US-Soldaten für die internationale Stabilisierungstruppe abzustellen. "Geradezu absurd wurde die ideologische Blockade in Irak", glaubt Jennings. Einerseits habe Washington nach dem Sturz Saddam Husseins eine arabische Musterdemokratie errichten wollen. Andererseits war "nation building" noch immer verpönt.

Wer verstehen will, warum die größte Militärmacht der Welt im April in Irak einen Blitzsieg errungen hat, seither aber beim

Wiederaufbau oft ungeschickt und orientierungslos agiert, kann mit der Spurensuche im Büro von Oberst Dooley beginnen. Drei Autostunden vom Pentagon entfernt liegt da reichlich Material im Regal, das bei der Planung für die Nachkriegsphase IV der Operation Irakische Freiheit gewiss von Nutzen hätte sein können. Da ist etwa die "Kosovo After Action Review" von Anfang 2001, die offen legt, wie ungenügend das US-Militär schon damals auf Stabilisierungseinsätze vorbereitet war. Weil "peacekeeping" politisch nicht gewollt ist, gibt es bis heute kein systematisches Training.

Die Folgen sind in Irak zu beobachten. "Wir haben Offiziere, die wie Bürgermeister kleine Städte verwalten, die sagen, niemand hat uns dafür ausgebildet, das ist absolut lächerlich", sagt Jennings, der im Sommer drei Monate für die US-Verwaltung in Bagdad gearbeitet hatte: "Die Jungs geben ihr Bestes, aber sie sagen, ich habe keine Anweisungen, kein Handbuch, niemand hat mir gesagt, wie ich das machen soll." Laut Umfrage des Pentagon-Magazins *Stars and Stripes* sagen vier von zehn US-Soldaten in Irak, ihre Arbeit dort habe nichts mit ihrer Ausbildung zu tun. Ausgerechnet die Balkan-Veteranen, so Jennings, machten noch die beste Arbeit: "Wir zehren von ihren Erfahrungen."

Oberst Dooley mag das so kritisch nicht sehen. Sein Rat aber, das gibt er denn doch zu, war bei den Nachkriegsplanungen für Irak nicht gefragt. Die liefen im Pentagon im berüchtigten Office of Special Plans, das sich schon in der Frage der irakischen Massenvernichtungswaffen als ideologische Hardlinertruppe blamiert hatte. "Wir als Institut haben uns nicht auf Irak konzentriert", sagt Oberst Dooley, "wir waren damit beschäftigt, hier dichtzumachen."

Mehr Personal und mehr Geld

Künftig aber soll sich das ändern. Am 28. Oktober hat die Armeeführung die überraschende Mitteilung gemacht, dass das gerade erst aufgelöste Institut nun doch weitermachen darf: unter neuem Namen, mit mehr Personal und größerem Etat. Das Irak-Debakel hat offenbar die Einsicht reifen lassen, dass man zumindest den eigenen Fachleuten hin und wieder zuhören sollte. Der neue Direktor spricht zurückhaltend von "neuen Prioritäten". Beim nächsten Einsatz soll sein Institut der US-Armee als "Hauptautorität für Stabilisierungsoperationen auf strategischer und operativer Ebene" dienen. Oberst Dooley liest das zweimal vor. Fast so, als könne er es selbst noch nicht glauben.

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2003

Dokument erstellt am 19.11.2003 um 18:00:11 Uhr

Erscheinungsdatum 20.11.2003